

Haushalt 2019 – Politik der Großen Koalition frisst unsere Zukunft auf

Viele Vorgänger von Bundesfinanzminister Olaf Scholz hätten von seiner Ausgangslage nur träumen können: Die Konjunkturentwicklung bleibt positiv, die Arbeitslosenzahlen sowie die Zinsen niedrig und die Steuereinnahmen sprudeln weiter kräftig. Doch Union und SPD investieren nicht in die Zukunft, sondern begnügen sich auch beim Haushalt mit einem Weiter-so. Die Fraktion der Freien Demokraten ist hingegen davon überzeugt, dass diese fetten Jahre für gezielte Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur, für die Entlastung der Bürger und für die Tilgung alter Schulden genutzt werden müssen.

Schiefelage des Bundeshaalts

Die Große Koalition verzettelt sich in zahlreichen teuren Vorhaben, von denen nur Teile der Bevölkerung profitieren. Eine gesamtgesellschaftliche Strategie fehlt, vielmehr frisst die Politik der Großen Koalition unsere Zukunft auf. Die Sozialausgaben werden bis 2021 um 15,5 Milliarden Euro ansteigen. Grund dafür sind zahlreiche Geschenke auf Kosten der Steuerzahler und teure Renten-Pakete, die viel kosten und wenig helfen. Zum Vergleich: In den acht Jahren vor der Regierungsübernahme von Union und SPD lag der Anstieg der Sozialausgaben lediglich bei neun Milliarden Euro. Trotzdem plant die Große Koalition zusätzliche und teure Maßnahmen wie die Grundrente, die Lebensleistungsrente oder die Mütterrente II, welche die jüngeren Generationen dauerhaft belasten, ohne ein echter Beitrag gegen die Altersarmut zu sein. Schon 2019 wird der Haushalt von Bundesarbeitsminister Heil 40 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes ausmachen, der Anteil des Etats für Bildung und Forschung nur 5,1 Prozent. Diese Politik hilft weder Jung noch Alt.

Investitionen statt Geschenke mit der Gießkanne

Die FDP-Fraktion schlägt dagegen einen alternativen Haushalt mit gezielten, gegenfinanzierten Investitionen in die Zukunft unseres Landes vor: Investitionen in die berufliche Bildung, in die Förderung der Digitalisierung und in neue Technologien bei der Bundeswehr, in Landwirtschaft und Mittelstand und in die Umsetzung von Pilotprojekten zur Blockchain-Technologie. Das sind nur einige Beispiele. Denn das Geld ist da, es fehlt nur der politische Wille, sich auf wesentliche Ziele zu fokussieren.

Zeiten des Wandels

Wir leben in Zeiten eines tiefgreifenden Wandels, denn die rasante Verbreitung neuer Technologien verändert unser Leben nachhaltig. Das stellt uns vor die Herausforderung, unseren Erfolg und Wohlstand auch in Zukunft zu bewahren. Jedes kleine und mittlere Unternehmen und jede Schule muss über eine schnelle Internetverbindung verfügen, damit wir diesen Wandel erfolgreich mitgestalten können. Die Große Koalition hat für die gesamte Wahlperiode bisher nur 1,68 Milliarden Euro für den Breitbandausbau in Deutschland bereitgestellt. Zum Vergleich: Für das Baukindergeld gibt die Große Koalition bereitwillig insgesamt 9,8 Milliarden Euro an Steuergeldern aus. Und das hilft ausschließlich Familien, die bereits Kinder haben, über genug Eigenkapital verfügen und bis 2020 eine passende Immobilie oder ein geeignetes Grundstück finden. Bei der flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet muss mehr getan werden. Wir werden der Regierungskoalition Vorschläge unterbreiten, wie der Breitbandausbau besser gefördert werden kann.

Endlich entlasten

Union und SPD können sich über stetig steigende Steuereinnahmen freuen. Allein in dieser Wahlperiode wird die Große Koalition nach der letzten Steuerschätzung 117 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen. Angesichts dieser Zahlen ist die erst für das letzte Jahr der Legislatur angekündigte Entlastung der Bürger um magere 9,08 Milliarden Euro nicht mehr als ein schlechter Scherz. Wir fordern die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages ab 2020, so wie es bei seiner Einführung zugesagt wurde und auch finanzierbar ist

Schattenhaushalte auflösen und Schulden tilgen

Die Große Koalition hat 2015 unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise eine Rücklage zur Bewältigung der damit zusammenhängenden zusätzlichen Kosten gebildet. Seither wurden die Überschüsse im Bundeshaushalt, die aufgrund der guten Wirtschaftslage jedes Jahr angefallen sind, am Ende des Jahres in diese Rücklage gesteckt. Durch die anhaltend gute Wirtschaftslage wurde aber bisher auch kein einziger Euro aus dieser Rücklage benötigt. Auf diese Weise hat sich die Große Koalition sagenhafte 24 Milliarden Euro auf die Seite gelegt, die sie jetzt auch für andere Zwecke verwenden könnte. Die FDP-Fraktion fordert, diesen Schattenhaushalt umgehend aufzulösen und damit alte Schulden abzubauen.